

## **Beschlussvorlage**

**Drucksachen-Nr. 0588/2010**  
**öffentlich**

<b>Gremium</b>	<b>Sitzungsdatum</b>	<b>Art der Behandlung</b>
Haupt- und Finanzausschuss	09.12.2010	Beratung
Rat der Stadt Bergisch Gladbach	14.12.2010	Entscheidung

### **Tagesordnungspunkt**

#### **Haushalt 2011 - Haushaltsziele und Budgets des Fachbereiches 1 und der Steuerungsunterstützung VV II-1**

#### **Beschlussvorschlag:**

Die in die Zuständigkeit des Haupt- und Finanzausschusses fallenden Teilhaushalte werden beschlossen.

## **Sachdarstellung / Begründung:**

Die Entwürfe der Haushaltssatzung der Stadt Bergisch Gladbach für das Haushaltsjahr 2011 und der Wirtschaftspläne der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen für das Wirtschaftsjahr 2011 wurden am 05. Oktober 2010 im Rat eingebracht. Dieser überwies die Einzeletats zur Beratung an die Fachausschüsse.

Zwischenzeitlich haben sich in einigen Produktgruppen Änderungen ergeben. In diesen Fällen sind die Änderungslisten in der Anlage Grundlage der Beratung.

Aufgrund der Zuständigkeiten des Haupt- und Finanzausschusses sind die **Haushaltsziele und Budgets folgender Bereiche und deren Produktgruppen zu beraten:**

- Stabsstelle Steuerungsunterstützung VV II-1
- Fachbereich 1 - Allgemeine Verwaltung, Verwaltungssteuerung

## **Stadtverkehrsgesellschaft**

### **Produktgruppe 012.660**

#### **ÖPNV**

Fundstellen: Haushaltsplanentwurf

S. 347 ff.

#### **Allgemeine Erläuterungen**

In dieser Produktgruppe sind die Haushaltsziele für den Bereich ÖPNV dargestellt. Die Mittel finden sich hingegen im Wirtschaftsplan der Stadtverkehrsgesellschaft. Der Zuschuss bzw. der Verlustausgleich an die Stadtverkehrsgesellschaft sieht nach dem Wirtschaftsplan eine Ausgabe in Höhe von 187.950 € vor.

#### **Zu den regulären Haushaltszielen und zielbezogenen Kennzahlen**

Haushaltsziel ist die Integration der Verkehrssysteme des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in der Stadt; die stadt- und umweltverträgliche Abwicklung des notwendigen Verkehrs sowie die Vorbereitung konkreter Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur und Verkehrssicherheit. Das konkrete Haushaltsziel gibt die Grundlage, die Verkehrsströme des ÖPNV zu lenken und zu steuern, gleichzeitig eine stadtweite Abdeckung des Linienverkehrs – d. h. fußläufig zumutbare Wege zur nächsten Haltestelle – und geringe Wartezeiten zu erhalten. Nur dadurch wird eine gute und bessere Nutzung des ÖPNV gewährleistet (Busse und Bahnen die nicht erreichbar sind oder auf die lange gewartet werden muss, werden nicht angenommen).

Die betroffenen Handlungsfelder 2, 3, 7, 8 und 9 werden alle insoweit betroffen, als dass sich alle Maßnahmen zur Verbesserung des ÖPNV-Angebotes auf alle diese Bereiche auswirken.

Die strategischen Ziele (mit Bezug zum Haushaltsziel) entwickeln sich zwangsläufig aus den Vorgaben. Die Verbesserung - oder bei Kürzung der finanziellen Mittel - der Erhalt des derzeitigen Angebotes ist zwingend.

Die Konkretisierung der Haushaltsziele stellt die Umsetzung der Vorgabe sicher:

- a) **Das ÖPNV-Angebot auf Ganztagschule einstellen (besonders genderrelevant)**  
 Durch Einführung der Ganztagschule und der Ausweitung dieses Angebotes auf möglichst viele Schulen im Stadtgebiet bedeutet, dass der Schülerverkehr, der ein wesentlicher Faktor der Finanzierung im ÖPNV darstellt, entzerrt wird. Der Schülerverkehr (bisher mittags) findet nicht mehr ausschließlich in den Spitzenzeiten mittags statt, sondern verschiebt sich auf nachmittags und kollidiert womöglich mit dem Berufsverkehr. Hier ist rechtzeitige Planung und Organisation gefordert um sowohl den neuen Anforderungen als auch dem bisherigen Angebot (Takt) gerecht zu werden.
- b) **Einführung dynamischer Fahrgastinformationssysteme**  
 Die Einführung der dynamischen Fahrgastinformation dient der frühzeitigen Information der ÖPNV-Nutzer; auf Veränderungen im aktuellen Fahrbetrieb kann kurzfristig reagiert und informiert werden, dies erhöht die allgemeine Akzeptanz des ÖPNV.
- c) **„Barrierefreier ÖPNV“ messbare Ziele (besonders genderrelevant)**  
 Die Förderung der barrierefreien Nutzung des ÖPNV ist erklärtes Ziel der SVB; durch Umsetzung entsprechender Maßnahmen aber auch durch Verhandlungen mit den anbietenden Verkehrsunternehmen soll umfassende Barrierefreiheit im ÖPNV erreicht werden: Neben der Nutznießung durch Behinderte kann hier gleichzeitig auf den demographischen Wandel (Überalterung der Gesellschaft) eingegangen werden, denn eine ältere Gesellschaft hat andere Bedürfnisse, die sich mitunter aber mit den Anforderungen der Barrierefreiheit decken.

Bei den zielbezogenen Kennzahlen wird klargestellt, durch welche Maßnahmen welche Ziele, wann erreicht werden.

- Zu a) Die Maximalwartezeiten innerhalb des Stadtgebietes sind ein wesentlicher Beitrag zur Akzeptanz des ÖPNV; erstrangig wird die SVB zunächst die Verbindungen innerhalb des Stadtgebietes sicherstellen – hier an erster Stelle die Verbindungen der Stadtteile (Refrath, Bensberg, Gladbach), folgend der weiteren Ortsteile Paffrath, Schildgen, Moitzfeld, Herkenrath, Sand etc. und letztlich der Stadtrandgebiete und Wohnplätze. Sofern die Ziele nicht durch reguläre Linien erreicht werden können, werden bedarfsberechtete Verkehrssysteme geprüft (Anrufsammeltaxi oder Bürgerbus). Nachrangig nimmt die SVB auch Einfluss auf die Terminierung der Linien für Ziele außerhalb des Stadtgebietes. Das komplizierte System der regionalen und überregionalen Buslinien im Verbund sichert bisher den 10-Minutentakt. Im Haushaltsjahr 2010 sollte die Zielvorgabe zu 99 % erfüllt werden; dies ist auch nach Neuordnung der Verkehre durch den Rheinisch-Bergischen Kreis sichergestellt.
- Zu b) Dynamische Fahrgastinformationssysteme sollen in 2011 gemeinsam mit dem Rheinisch-Bergischen Kreis beschafft und an den beiden Busbahnhöfen sowie an den Haltestellen Markt (stadtauswärts) und Refrath Stadtbahn (stadteinwärts und am Wickenpfädchen) installiert werden.
- Zu c) Mit den beiden Verkehrsunternehmen „Regionalverkehr Köln“ und „Kraftverkehr Wupper-Sieg“, aber auch übergreifend mit dem Verkehrsverbund Rhein Sieg sind Zielvereinbarungen zu verhandeln, die eine Verbesserung der Barrierefreiheit

sicherstellen. In 2010 haben erste Gespräche zum Abstecken eines Rahmens stattgefunden. Ziel ist es, in 2011 eine Vereinbarung zu treffen, die auch eine Verbesserung in den Folgejahren oder eine dynamische Anpassung in den kommenden Jahren sicherstellt. Hier erfolgt eine enge Abstimmung mit dem Behindertenbeirat; die prioritäre Zuständigkeit liegt beim Kreis.

## **Fachbereich 1 – Allgemeine Verwaltung, Verwaltungssteuerung**

### **Hauptausschuss als Personalausschuss**

Die Summe der Personalaufwendungen des städtischen Haushaltes 2011 ist im Ergebnisplan dargestellt. Die Personalaufwendungen werden auf die Produktgruppen aufgeteilt und im Haushaltsplan dort ausgewiesen.

Seit 2008 werden nur noch die eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen selbständig abgerechnet:

- o Immobilienbetrieb
- o Abfallwirtschaftsbetrieb
- o Abwasserwerk

Für die städtischen GmbHs gibt es nach wie vor entsprechende Wirtschaftspläne.

Die Personal- und Versorgungsaufwendungen der Stadt insgesamt (Kernhaushalt und eigenbetriebsähnliche Einrichtungen) summierten sich im Jahr 2010 auf rd. 60.680.000 €. Bei der Veranschlagung des Personalaufwands 2011 wurde der Ratsbeschluss berücksichtigt, nach dem dieser im mittelfristigen Finanzplanungszeitraum auf der Höhe des Jahres 2010 gehalten werden soll. Dies gilt für alle beeinflussbaren Konten (wie Besoldung, Vergütung, Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung). Um diese Höchstgrenze einzuhalten – und damit auch Tarifsteigerungen aufzufangen – ist weiterhin ein äußerst restriktiver personalwirtschaftlicher Kurs erforderlich, bei dem grundsätzlich befristete Verträge nicht verlängert werden und jegliche Fluktuation genutzt werden muss.

Änderungen ergeben sich aufgrund des Bruttoveranschlagungsprinzips, indem Entnahmen aus Rückstellungen nicht mehr wie bisher vom Personalaufwand abgezogen, sondern ab 2011 als „sonstiger ordentlicher Ertrag“ neu bzw. zusätzlich eingeplant wird.

Über den Haushaltsplanentwurf hinaus entstehen Mehraufwendungen für die Bezirkssozialarbeit und im Bereich Grünflächen/Friedhöfe (siehe auch Vorlage zum Stellenplan 2011). Die voraussichtlichen haushaltswirtschaftlichen Auswirkungen (für 2011 rd. 133.500,- €) sind in der Gesamtänderungsliste zum Haushalt dargestellt und erhöhen insoweit den Personalkostendeckel 2010.

### **Hauptausschuss für die Produktgruppen des FB 1**

#### **Produktgruppe 001.001**

##### **Politische Gremien und Verwaltungsführung**

Fundstellen:	Haushaltsplanentwurf	S. 31 ff.
	Entwurf Haushaltssicherungskonzept 2011 ff.	S. 1 ff. und S. 111 ff.

# 1 Konsumtiver Bereich

## 1.1 Allgemeine Erläuterungen

Diese Produktgruppe beinhaltet eine Zusammenfassung für Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Rat und seinen Ausschüssen, mit dem Verwaltungsvorstand (inkl. der ihn unmittelbar unterstützenden Einheiten), mit der Zentralen Stelle für Anregungen und Beschwerden, mit dem Zentralen Controlling, mit dem Projektbeauftragten für technische Großprojekte, mit Angelegenheiten der Kommunalverfassung sowie Gremien und Partnerschaften.

### 1.1.1 Zu den regulären Haushaltszielen und zielbezogenen Kennzahlen

#### **„Vervollständigen (flächendeckend), messbar machen und weitere Qualifizierung der Haushaltsziele für den Haushaltsentwurf 2012“**

In mehreren Workshops wurden in Bergisch Gladbach 13 politische Handlungsfelder und 66 dazugehörige strategische Ziele erarbeitet. Diese Strategie wurde in einer Sondersitzung des Stadtrates am 08.03.2007 beschlossen. Umgesetzt wird die Strategie nach und nach durch die Implementierung von Haushaltszielen. Der Haushalt wurde damit von einem reinen Finanzsteuerungsinstrument zum wichtigsten umfassenden politischen Steuerungsinstrument für Politik und Verwaltungsführung. Die Haushaltsziele des Haushaltsjahres 2010, welche durch die Verknüpfung mit Kennzahlen messbar gemacht sind, wurden für das Haushaltsjahr 2011 fortentwickelt. Außerdem ist beabsichtigt für 2011 erstmalig noch so genannte HSK-Ziele über eine Änderungsliste zu erfassen, welche durch inhaltliche und betragliche Kennzahlen messbar gemacht werden sollen.

Dieses Procedere stellt eine weitere Etappe auf dem Weg zur Einführung des neuen Steuerungsinstrumentariums dar. Auf der aktuellen Basis des Jahres 2011 werden, unter Zugrundelegung der haushaltsrechtlichen Situation, die Haushaltsziele und Kennzahlen des Jahres 2012 fortzuentwickeln sein.

#### Kennzahl:

Um die Fortentwicklung der Haushaltsziele und Kennzahlen 2012 sicher zu stellen, welche Teil des Haushalts 2012 sein werden, wurde als Zeitpunkt für die Verabschiedung des Haushalts 2012 spätestens der 31.12.2011 festgelegt.

#### Bezug strategisches Ziel:

Das Haushaltsziel a) korrespondiert mit den strategischen Zielen 1.2, 4.1, 4.2 und 4.3. Dabei ist besonders das strategische Ziel 1.2 hervorzuheben, welches festlegt, dass alle Ausgaben auf der Grundlage einer klaren und umfassenden Zieldefinition städtischer Aktivitäten beschlossen werden. Gerade dies soll durch die Festlegung von Haushaltszielen sichergestellt werden.

#### **„Durchführung einer zielbezogenen Budgetierung für den Haushaltsentwurf 2012“**

Bei der Durchführung der zielbezogenen Budgetierung handelt es sich um ein Ziel, bei dem die Federführung nicht nur bei VV-10, sondern ebenso beim FB 2 liegt.

Bei der Budgetierung als solches handelt es sich um eine besondere Bewirtschaftungsform zur Stärkung der dezentralen Ressourcenverantwortung. Erträge und Aufwendungen werden zu Budgets verbunden. Damit werden die Gesamtsummen der Erträge und Aufwendungen für die Haushaltsführung für

verbindlich erklärt.

Mit der Durchführung der zielbezogenen Budgetierung soll erreicht werden, dass die Fachbereiche finanzielle Mittel abhängig von den von ihnen zu erreichenden Haushaltszielen und den dafür benötigten Ressourcen zugewiesen bekommen. Damit werden zu erreichende Haushaltsziele unmittelbar mit zur Verfügung gestellten Mitteln verknüpft.

Kennzahl:

Um die Durchführung der zielbezogenen Budgetierung sicher zu stellen, wurde für die Verabschiedung des Haushalts 2012, welcher teilweise nach der zielbezogenen Budgetierung bewirtschaftet werden sollen, als Zeitpunkt spätestens der 31.12.2011 festgelegt.

Bezug strategisches Ziel:

Das Haushaltsziel b) korrespondiert mit den strategischen Zielen 1.2, 4.1, 4.2 und 4.3. Dabei ist besonders das strategische Ziel 1.2 hervorzuheben, welches festlegt, dass alle Ausgaben auf der Grundlage einer klaren und umfassenden Zieldefinition städtischer Aktivitäten beschlossen werden. Zukünftig wird dies durch die konkrete Bereitstellung der für die Zielerreichung benötigten Mittel verstärkt.

**„Es wird sowohl für den Berichtszeitpunkt 30.06.2011, als auch für den 30.09.2011 ein Controllingbericht vorgelegt“**

Der Controllingbericht, welcher den Kernhaushalt und die Wirtschaftspläne der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen behandelt, wird unterjährig zum 30.06. und 30.09. eines Jahres erstellt und umfasst jeweils Band I und Band II.

In Band II stellt er den Planansätzen unterjährig folgende Prognose zum Jahresende gegenüber:

- Prognose der Erträge und Aufwendungen der Teilergebnispläne auf Produktgruppenebene nebst Erläuterungen.
- Prognose der Ein- und Auszahlungen der Teilfinanzpläne bezüglich der Investitionstätigkeit auf Produktgruppenebene nebst Erläuterungen.
- Prognose der Auszahlungen für die einzeln ausgewiesenen Investitionsmaßnahmen auf Produktgruppenebene nebst Erläuterungen.
- Prognose der zielbezogenen Kennzahlen nebst Erläuterungen auf Produktgruppenebene.

Außerdem erläutert er die Umsetzung der als besonders genderrelevant gekennzeichneten Haushaltsziele auf Produktgruppenebene.

Band I des Controllingberichts fasst die Ergebnisse von Band II zusammen, erläutert wichtige Abweichung von Plan zu Prognose und gibt Gesamtergebnisprognosen ab. Sinn und Zweck der beiden unterjährigen Controllingberichte ist es dem Verwaltungsvorstand und der Politik die Möglichkeit zu geben, auf Grund der unterjährig erhobenen Prognosen und Erläuterungen, Fehlentwicklungen entgegen zu wirken, d.h. zu steuern.

Kennzahl:

Die Kennzahl „2“ weist die Anzahl der unterjährig zu erstellenden Controllingberichte aus.

Bezug strategisches Ziel:

Das Haushaltsziel a) korrespondiert mit dem strategischen Ziel 1.1.

Durch die unterjährige Berichterstattung kann auf Basis fundierter Daten unterjährige gegengesteuert werden. Dies fördert das Ziel den Haushaltsausgleich zu erreichen.

**„Es wird über die Zielerreichung zum Jahresende berichtet.“**

Der Bericht über die Zielerreichung zum Jahresende weist aus, ob die Haushaltsziele des Jahres voraussichtlich erreicht werden. Dabei werden den Planansätzen der zielbezogenen Kennzahlen Jahresendprognosen gegenübergestellt. Abweichungen von Plan und Prognose werden von den Fachbereichen erläutert.

Nicht erreichte Ziele werden ggfs. in das neue Jahr vorgetragen (ggfs. mit geändertem Kennzahlenwert) bzw. entfallen mangels Realisierbarkeit.

Der Bericht trägt dem Umstand Rechnung, dass gemäß § 12 GemHVO NRW die Ziele und Kennzahlen zur Grundlage der Gestaltung der Planung, Steuerung und Erfolgskontrolle des jährlichen Haushalts gemacht werden sollen.

Kennzahl:

Die Kennzahl „1“ betrifft den Bericht über die Zielerreichung zum Jahresende.

Bezug strategisches Ziel:

Das Haushaltsziel d) korrespondiert mit den strategischen Zielen 1.2, 4.1, 4.2 und 4.3. Dabei ist besonders das strategische Ziel 1.2 hervorzuheben, welches festlegt, dass alle Ausgaben auf der Grundlage einer klaren und umfassenden Zieldefinition städtischer Aktivitäten beschlossen werden. Gerade dies soll durch die Festlegung von Haushaltszielen sichergestellt werden.

**„Jährliche wirkungsorientierte Berichterstattung der Zentralen Stelle für Anregungen und Beschwerden an den Verwaltungsvorstand, die Fachbereichsleiter/in und die Politik“**

sowie

**„Steigerung der fristgerecht abgearbeiteten Anregungen und Beschwerden in der Zentralen Stelle für Anregungen und Beschwerden“**

Inhaltliche Angaben sind nicht erforderlich, da die Ziele aus dem Vorjahr fortgeschrieben wurden, insbesondere der Jahresbericht als "Ziel" auch in den Folgejahren jeweils zum 31.3. fertig gestellt werden soll.

Hinsichtlich der fristgerecht abgearbeiteten Beschwerden wurden die Zielmarken neu festgesetzt, d. h. von 71 % auf 72 % angehoben.

**1.1.2 Zu den Finanzdaten**

Wesentliche Aufwendungen sind die „Sonstigen ordentlichen Aufwendungen“ mit rd. 675.000, davon entfallen auf

- „Aufwendungen für Rat und Ausschüsse/Fraktionszuwendungen“ 615.000 €
- „Mitgliedsbeiträge“ 51.200 €

**1.2 Erläuterungen zu HSK-unabhängigen Änderungen**

**1.2.2 Zu den Finanzdaten**

Das Sachkonto 4425002 wurde eingerichtet für die Erstattung des anteiligen Mitgliedsbeitrages für den Städte- und Gemeindebund, der auf den

unternehmensbezogenen Beitrag für die vier stadt eigenen Gesellschaften entfällt. Dieser Anteil in Höhe von 1.200, € ist von den Gesellschaften zu tragen.

**1.3 Erläuterungen zu Änderungen infolge des HSK**  
nicht erforderlich

**2 Investiver Bereich**  
nicht erforderlich

**Produktgruppe 001.105**  
**Informationstechnologie und Logistik**

Fundstellen: Haushaltsplanentwurf S. 63 ff.  
Entwurf Haushaltssicherungskonzept 2011 S. 4 ff.

**1 Konsumtiver Bereich**

**1.1 Allgemeine Erläuterungen**

Diese Produktgruppe umfasst die IT-spezifischen Aufgabenbereiche der Konzeptionsplanung, deren Umsetzung, Beschaffung, Verwaltung und Installation der Hard- und Software und aller Komponenten des gesamten städtischen Netzes sowie die Betreuung der eingerichteten IT-Arbeitsplätze. Eingebunden in diese Produktgruppe ist zudem noch der Bereich Logistik mit den Aufgaben der allgemeinen Beschaffung und den Servicebereichen Druckerei, Poststelle und Telefonzentrale.

**1.1.1 Zu den regulären Haushaltszielen und zielbezogenen Kennzahlen**

**„Weitere Einführung des Dokumentenmanagementsystems“**

Zur Einführung des Dokumentenmanagementsystems sollte als erster Schritt die Umsetzung des Rechnungsworkflows folgen. Technische Schwierigkeiten bei der Einrichtung der Testumgebung und erhöhte Folgekosten führten zur Entscheidung, die Einführung des Rechnungsworkflows auszusetzen.

**„Realisierung der vorgesehenen Schritte des E-Government-Konzeptes“**

Ein Bereich im E-Government-Konzept ist im Jahr 2011 die Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie in Bezug auf den einheitlichen Ansprechpartner für Dienstleister nach den noch zu entwickelnden Rahmenvorgaben durch den Rheinisch-Bergischen Kreis für die Stadt Bergisch Gladbach.

**„Aufstellung eines Konzeptes zum Druck-Output-Management“**

In der Gesamtverwaltung werden an den verschiedensten Stellen Druckerzeugnisse abgerufen. Berücksichtigt man, dass bei den Kopier- und Multifunktionsgeräten eine Abrechnung nach produzierten Seiten möglich und in Verbindung mit den aktuellen Nutzungsverträgen mit den Herstellern eine Kostentransparenz gewährleistet ist, fehlt dieser Überblick jedoch bei der Vielzahl der eingesetzten Arbeitsplatzdrucker, deren tatsächliches Druckvolumen weitgehend unbekannt ist.

Es fallen nicht nur die Kosten für die Bereitstellung der Arbeitsplatz- und Abteilungsdrucker an, sondern zudem noch erhebliche Aufwendungen für die

Bereitstellung von Verbrauchsmaterialien, Reparaturen, Wartungen (Service) und für die Ersatzbeschaffung an. Die hauseigene Druckerei und/oder externe Dienstleister (z.B. KDVZCitKomm und KRZ) stellen auf Anforderung gegen Entgelt Druckerzeugnisse zur Verfügung.

Vor dem Hintergrund der angespannten städtischen Finanzsituation drängt sich die Notwendigkeit auf, zeitnah ein ganzheitliches Druckoutput-Management zu implementieren.

### 1.1.2 Zu den Finanzdaten

Hervorzuheben sind nachfolgende (finanzielle) Aufwendungen:

- Mieten an den Immobilienbetrieb für die Büroraumnutzung (überw. Rathäuser, Stadthäuser, Bürogebäude Hauptstraße 192) 1.405.565,- €
- Transferaufwendungen u. a. an die KDVZ/Citkomm und KRZ 910.000,- €

#### **Zuwendungen an Zweckverbände (Transferaufwendungen, Zeile 15)**

Die beantragte Erhöhung des Ansatzes um 105.000 € (Sachkonto 5313000) erfolgte u. a. vor dem Hintergrund der Nutzung eines neuen Verfahrens für den Fachbereich 5, welches unter der Federführung der KDVZ/CitKomm im Zusammenwirken mit der Firma ProSoz entwickelt und in der Endfassung der Stadt Bergisch Gladbach zur Verfügung gestellt werden soll.

Preisanpassungen und gestiegene Fallzahlen beim Abruf verschiedener Verfahren der KDVZCitKomm und KRZ sind mitursächlich für den zu erwartenden finanziellen Mehraufwand 2011.

#### **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (Zeile 13)**

Der Mittelansatz von 50.000 € beim Sachkonto 5252000 (Kostenerstattungen Gemeinden) bezieht sich auf das Testprojekt D 115. Bislang wurden lediglich die laufenden Gesprächseinheiten gemäß der vertraglichen Vereinbarung mit der Stadt Bergisch Gladbach abgerechnet. Dieser lfd. Aufwand wurde mit dem Sachkonto 5430003 aufgefangen. Weitergehende Aufwendungen für substanzielle Projektverbesserungen (z. B. Einrichtung einer Wissensdatenbank) während der Testphase und / oder anschließend sind bislang nicht absehbar.

Der Test D115 endet im Frühjahr 2011. Das Testergebnis wartet die Stadt Gladbach ab, um über den Verbleib im Projekt abschließend zu entscheiden.

Bedingt durch neue fachbereichsbezogene Verfahren im nicht technischen Bereich und größere fachbereichsübergreifende Verfahren im technischen Verwaltungsbereich (z. B. GIS-Projekt unter der Federführung des Fachbereiches 6, eigenverantwortliche Erhebung der Schmutzwasserabgabe im FB 7) ergibt sich erhöhter Softwarepflegeaufwand für die komplexen Verfahren. Dies rechtfertigt die Erhöhung des Mittelansatzes beim Sachkonto 5233001 (Softwarepflege) auf 200.000 €.

#### **Sonstige ordentliche Aufwendungen (Zeile 16)**

Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen beinhalten Mieten für Verwaltungsgebäude, Mieten für Parkplatz und Multifunktionsgeräte, Telefonkosten, Büromaterial und Porto sowie Leasingkosten für Hardware, Aufwendungen für Daten-

und Telefonleitungen und Verbrauchsmaterialien für Drucker.

**1.2 Erläuterungen zu HSK-unabhängigen Änderungen**  
nicht erforderlich

**1.3 Erläuterungen zu Änderungen infolge des HSK**  
Die beiden HSK-Maßnahmen aus der Produktgruppe 001.105 Standardreduzierung Software (1.105.4 und 1.105.5) werden als HSK-Maßnahmen gestrichen, da es sich um investive Maßnahmen handelt, die für das HSK nicht ergebnisrelevant sind. Die Einsparungen sind in der Änderungsliste Investitionen enthalten.

**2 Investiver Bereich**

**2.1 Allgemeine Erläuterungen zum Haushaltsentwurf**  
Für Investitionen in dieser Produktgruppe wurden 258.000,- € für Software, technische Geräte und Möbel veranschlagt.

**2.2 Erläuterungen zur Änderungsliste Investitionen**  
Im Bereich Investitionen Software ermöglicht der Einsatz von Open Office Produkten (vorher HSK-Maßnahme s. u. 1.3) eine Einsparung von 1.200,- €. Hinsichtlich des Einsatzes gebrauchter Software sind die Umsetzungsüberlegungen noch nicht abgeschlossen.

**Produktgruppe 001.110**

**Organisations- und Personalmanagement**

Fundstellen: Haushaltsplanentwurf S. 71 ff.  
Entwurf Haushaltssicherungskonzept 2011 S. 9 ff.

**1 Konsumtiver Bereich**

**1.1 Allgemeine Erläuterungen zum Haushaltsentwurf**  
Diese Produktgruppe wird geprägt vom Personalaufwand, wobei darauf hinzuweisen ist, dass hier auch ein großer Anteil an gesamtstädtischem Personalaufwand (z.B. Auszubildende, Personalreserve, Beamtenversorgung, Freizeitphasen der Altersteilzeitverträge, abgeordnete Personen, sowie der Aufwand für Fortbildung, Reisekosten, arbeitsmedizinischen Dienst usw.) enthalten ist.

**1.1.1 Zu den regulären Haushaltszielen und Kennzahlen**  
nicht erforderlich

**1.1.2 Zu den Finanzdaten**  
Unter den privatrechtlichen Leistungsentgelten (Zeile 5) sind ab 2011 wegen des Bruttoprinzips neu enthalten: Erstattungen aus anderen Haushalten für Personalkosten, für Beihilfeaufwendungen, für Personalnebenaufwendungen, für die Versorgungsumlage und für die Zuführung für Rückstellungen. Ebenso aufgrund des Bruttoprinzips wurden unter den sonstigen ordentlichen Erträgen (Zeile 7) ab 2011 neue Ertragskonten eingerichtet (Entnahme für Pensionsrückstellung, Beihilferückstellung und ATZ-Rückstellung). Die Erträge, die bis 2010 als Gutschriften verrechnet wurden, beziehen sich auf die Bediensteten und

die Versorgungsempfänger. Daher stehen diesen Erträgen und den gestiegenen Erstattungen auch Veränderungen in den Personalaufwendungen (Zeile 11) und den Versorgungsaufwendungen (Zeile 12) gegenüber.

Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen sind in 2011 gestiegen, weil die Aufwendungen für die Gartenbauberufsgenossenschaft erstmalig in dieser Produktgruppe enthalten sind (bislang 001.300 Recht).

## **1.2 Erläuterungen zu HSK-unabhängigen Änderungen**

### **1.2.2 Zu den Finanzdaten**

Die Änderungen ergeben sich aus einer Neuberechnung der Erstattungen aus anderen Haushalten (eigenbetriebsähnliche Einrichtungen) für Beihilfe (Sachkonto 4425920), Personalnebenaufwendungen (Sachkonto 4425930) und Versorgungsumlage (Sachkonto 4425940) aufgrund veränderter/aktualisierter Personenzuordnungen.

Die Veränderung im Sachkonto 5041000 Beihilfe erfolgt, weil ein geplanter Mehraufwand nach derzeitigem Sachstand nicht mehr erforderlich ist.

### **1.3 Erläuterungen zu Änderungen infolge des HSK**

Durch die HSK-Maßnahme 1.110.5 Reduzierung des Aufwandes für Aus- und Fortbildung wird der ursprüngliche Ansatz um 3.000,- € gekürzt.

Die HSK-Maßnahme 1.110.7 Reduzierung Zuschuss zum Jobticket führt zu einer Steigerung der privaten Entgelte um 3.720,- €, da der Abgabepreis an die Beschäftigten um 1,- €/pro Monat erhöht wird.

Durch die HSK-Maßnahmen 4.450.3, 4.450.4 und 4.450.5 Übertragung der Trägerschaften für die Museen ist eine Verlagerung der Stellen in die Personalreserve (und anschließend eine kurzfristige Weitervermittlung der Beschäftigten in andere Bereiche) geplant. Hierdurch erhöhen sich die Personalaufwendungen in der Produktgruppe 001.110 in den Sachkonten 5011000, 5012000, 5022000, 5032000, 5051000 und 5073000.

Für das noch für den Museumsbereich tätige Personal ist eine Erstattung im Sachkonto 4424000 geplant.

## **2 Investiver Bereich**

nicht erforderlich

## **Produktgruppe 001.130**

### **Stadtmarketing, Öffentlichkeitsarbeit**

Fundstellen: Haushaltsplanentwurf

S. 79 ff.

Entwurf Haushaltssicherungskonzept 2011

S. 16 ff.

## **1 Konsumtiver Bereich**

### **1.1 Allgemeine Erläuterungen zum Haushaltsentwurf**

In der Produktgruppe Stadtmarketing/Öffentlichkeitsarbeit werden Querschnittsaufgaben der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie der Information der Bürgerschaft wahrgenommen.

### **1.1.1 Zu den regulären Haushaltszielen und zielbezogenen Kennzahlen**

Die Produktgruppe stellt umfassende Informationen für die Medien bereit, leistet aktive Pressearbeit und informiert Bürgerinnen und Bürger über die Beschlüsse des Rates und die Serviceleistungen der Stadt. Ebenso gehören dazu die Vermittlung von Information innerhalb der Verwaltung und die Weiterentwicklung der öffentlichen Außendarstellung (Corporate Identity). Außerdem bündelt die Produktgruppe Marketingaktivitäten der Stadt und kommuniziert Standortvorteile von GL im kommunalen Wettbewerb, leistet Image- und Profilschärfung der Stadt und erarbeitet konzeptionell und fachübergreifend Stadtmarketingaktivitäten unter Einbindung verschiedener lokaler Akteure.

Kennzahlen:

- Bürgerinformation zur Regionale 2010 mit Beteiligungsaktionen und Pressearbeit (jeweils Pressetermine, Internetaktualisierungen 03/2011 sowie Projekttag 04/2011) (Besonders genderrelevant: Geschlechterspezifische Themen werden aufgegriffen, geschlechtergerechte Sprache umgesetzt)
- Profilierung als kinder- und jugendfreundliche Stadt (u. a. Herausgabe eines Kinder- und Jugendwegweisers bis 06/2011) (Besonders genderrelevant: Geschlechterspezifische Themen werden aufgegriffen, geschlechtergerechte Sprache umgesetzt)
- Profilierung als Kultur- und Freizeitstandort und Förderung stadtteilübergreifender Aktionen (Jugendveranstaltung 6/2011, Aktion Soziale Stadtentwicklung/Integration 09/2011)
- Neuauflage der Bürgerbroschüre 4/2011

### **1.1.2 Zu den Finanzdaten**

Wesentliche Aufwendungen sind:

Öffentliche Bekanntmachungen	35.000 €
Altenehrungen / Ehrungen / Repräsentation	20.014 €
Stadtgrafiker	18.750 €
Werbung / Stadtmarketing	8.025 €

### **1.2 Erläuterungen zu den HSK-unabhängigen Änderungen** nicht erforderlich

### **1.3 Erläuterungen zu Änderungen infolge des HSK** nicht erforderlich

### **2 Investiver Bereich** nicht erforderlich

## **Produktgruppe 002.120**

### **Statistische Angelegenheiten**

Fundstellen: Haushaltsplanentwurf

S. 111 ff.

### **1 Konsumtiver Bereich**

- 1.1 Allgemeine Erläuterungen zum Haushaltsentwurf**  
Die Produktgruppe Statistische Angelegenheiten ist die zentrale Stelle zur Gewinnung, Aufbereitung und Analyse von Daten der Stadt. Dazu gehören auch Bürger- und Kundenbefragungen.
- 1.2 Erläuterungen zu HSK-unabhängigen Änderungen**  
nicht erforderlich
- 1.3 Erläuterungen zu Änderungen infolge des HSK**  
nicht erforderlich
- 2 Investiver Bereich**  
nicht erforderlich

## **Produktgruppe 001.090**

### **Personalvertretung**

Fundstelle: Haushaltsplanentwurf

S. 55 ff.

- 1 Konsumentiver Bereich**
  - 1.1 Allgemeine Erläuterungen zum Haushaltsentwurf**  
Dargestellt sind die Aufwendungen für den Personalrat.
  - 1.2 Erläuterungen zu HSK-unabhängigen Änderungen**  
nicht erforderlich
  - 1.3 Erläuterungen zu Änderungen infolge des HSK**  
nicht erforderlich
- 2 Investiver Bereich**  
nicht erforderlich

Anlagen: Haushaltsziele HSK 2011 für den Fachbereich 1  
Änderungsliste Produktgruppe 001.001  
Änderungslisten Produktgruppe 001.110  
Änderungsliste Investitionsmaßnahmen Produktgruppe 001.105

<b>Verbindung zur strategischen Zielsetzung</b>
---

Handlungsfeld:

Mittelfristiges Ziel:

Jährliches Haushaltsziel:

Produktgruppe/ Produkt:

<b>Finanzielle Auswirkungen</b>
---------------------------------

<u>1. Ergebnisrechnung/ Erfolgsplan</u>	laufendes Jahr	Folgejahre
Ertrag		
Aufwand		
Ergebnis		
<u>2. Finanzrechnung</u> <small>(Investitionen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen gem. § 14 GemHVO)/ <u>Vermögensplan</u></small>	laufendes Jahr	Gesamt
Einzahlung aus Investitionstätigkeit		
Auszahlung aus Investitionstätigkeit		
Saldo aus Investitionstätigkeit		

Im Budget enthalten

ja  
nein  
siehe Erläuterungen